

Arbeitsplatzvernichtung durch Standortschließungen

Drei Jahre nach dem sechswöchigen Streik um die Auslagerung von 50.000 Beschäftigten in Tochtergesellschaften mit schlechteren Konditionen beabsichtigt die Konzernführung der TELEKOM ein weiteres drastisches Umstrukturierungsprogramm, das einen tiefen Einschnitt im Leben vieler Beschäftigter bedeuten dürfte.

Zwar ist nicht von Entlassungen die Rede, doch haben viele Telekom-Beschäftigte Angst vor der Zukunft und fürchten um ihre Arbeit. Das Stichwort lautet »Standortschließungen«. Es ist geplant, bei Vertrieb und Service die Zahl der Standorte von 126 auf 28 zu reduzieren. Im Bereich der Informationstechnologie sollen von bisher 91 Standorten 86 geschlossen werden. Betroffen davon sind 5.100 Menschen, deren Arbeitsplatz bis spätestens 2013 verlagert werden soll. Zwar soll Jede/r die Möglichkeit erhalten am nächst gelegenen erhalten gebliebenen Standort weiterzuarbeiten, aber für Viele ist es einfach unmöglich, Fahrtzeiten bis zu vier Stunden täglich in Kauf zu nehmen oder einfach umzuziehen. Das Kalkül der Konzernleitung ist es also, dass viele Beschäftigte das Angebot zur Weiterarbeit an einem anderen Standort nicht für zumutbar halten und sie deshalb bereit sind, einen Aufhebungsvertrag abzuschließen.

Es gab über diese Pläne Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat und mit ver.di, diese wurden aber von Arbeitgeberseite abgebrochen, als keine Einigung erzielt wurde. Der Vorstand verkündete dann einseitig sein Konzept und verzichtete einstweilen auf eine Einigung mit dem »Sozialpartner«.

»One Company« – ver.di wird als Sozialpartner gebraucht ...

Ver.di trifft diese Strategie der Telekom-Spitze ziemlich unvorbereitet. Nach den Streiks von 1997, welche die Pläne der Konzernführung nicht verhindern konnten, gab es nämlich eine Art Tauwetter zwischen ver.di und der Telekom-Führung. Die Arbeitgeber kamen auf ver.di zu, um das Projekt »One Company«, den Zusammenschluss der Festnetz- und der Mobilfunksparte (T-Com und T-Mobile) in einer neuen Tochtergesellschaft, zu klären und mit neuen Tarifverträgen zu untermauern.

Die Führungsspitze des Fachbereichs Telekommunikation und IT in ver.di war voller Stolz auf diese Entwicklung. Ausdrücklich gelobt wurde das Management der Telekom für ihre angeblich neue Politik, und es wurde von einer neuen glänzenden sozialpartnerschaftlichen Zukunft geträumt:

»Das Management der Telekom ist im Vorfeld der umfassenden Neuorganisation einen anderen Weg als in der Vergangenheit gegangen. Anstatt Konfrontation und Angriff auf die Arbeits- und Entgeltbedingungen der Beschäftigten hat mit den Arbeitnehmervertretern eine Verständigung stattgefunden, die es jetzt in den Tarifverhandlungen erlaubt hat, gesicherte Arbeits- und Entgeltbedingungen herzustellen. Und dies alles, ohne dass ver.di zu Arbeitskämpfe und Auseinandersetzungen in den Betrieben gezwungen war, um Angriffe auf die Arbeits- und Entgeltbedingungen abzuwehren. Das Management der Telekom kann aus dem jetzigen Prozess lernen, dass auf einer solchen Grundlage ein Interessenausgleich mit ver.di möglich ist. Möglich, weil am Ende



nicht der Angriff auf die Arbeits- und Entgeltbedingungen steht, sondern tarifvertraglich gesicherte Zukunft und Perspektive.« (KOMM 8_9/2009)

Lothar Schröder, der Vorsitzende des Fachbereichs, betonte in Betriebsversammlungen und in der KOMM, dem zentralen Info des Fachbereichs immer wieder: »Die beschriebenen Maßnahmen verfolgen das Ziel eines verbesserten Umgangs und der Vereinfachung der Prozesslandschaft, nicht aber das Ziel eines Personalabbaus und der Konditionen-Verschlechterung.« (KOMM, 5_2009)

Tatsächlich hatten die Beschäftigten beim Übergang in die neue Tochtergesellschaft keine Nachteile. Die Vereinigung war dem Konzernvorstand so wichtig, dass er sich großzügig zeigte und darauf verzichtete, bei dieser Gelegenheit Verschlechterungen durchzusetzen. Schließlich wurde die Unterstützung von ver.di und der Betriebsräte bei der Personalumsetzung benötigt. Richtig dürfte auch sein, dass der Personalabbau nicht das vorrangige Ziel des Umbaus ist. Allerdings gehört schon eine gehörige Portion Ignoranz dazu, das in diesem Projekt enthaltene Rationalisierungspotential gar nicht erst zu erwähnen. Die Wirtschaftswoche z.B. wusste schon im März 2009, welche Möglichkeiten sich dadurch für den Vorstand ergeben: »Welche Folgen der Umbau für die Besatzung des Raumschiffs Telekom haben wird, dazu hält sich Chefpilot Obermann bisher allerdings bedeckt. Nach den ersten Entwürfen ist eine viel schlankere Konzernstruktur geplant – mit deutlich weniger Niederlassungen und Standorten. Im Extremfall kann dies zur Schließung von vielen Hundert Betriebsstätten führen und damit zum Wegfall von mehreren Tausend Managerposten und dem Abbau von weiteren 10.000 Arbeitsplätzen pro Jahr«.

... und hat ihre Schuldigkeit getan.

Jetzt, nachdem der Umbau mit Hilfe von ver.di und der Betriebsräte abgeschlossen ist, kann die Telekom-Führung auf die Unterstützung ihres »Sozialpartners« verzichten. Sie will das Standortkonzept rigoros durchsetzen und weigerte sich lange Zeit, darüber noch einmal zu verhandeln.

Ver.di und Betriebsräte fordern zwar zu neuen Verhandlungen auf, wollen aber keine Konfrontation. In einer Erklärung des Gesamtbetriebsrates heißt es ausdrücklich, die Betriebsräte wollten »kein Öl ins Feuer gießen«.

So soll der Arbeitgeber überzeugt werden, der Rückzug aus der Fläche führe auch zu einem massiven Kundenverlust, da diese keine Ansprechpartner mehr vor Ort hätten. Solche Argumente kommen zwar bei vielen Beschäftigten

gut an, sind aber nicht geeignet, den Arbeitgeber von seinen Plänen abzubringen. Schließlich zeigen verschiedene Konkurrenten der Telekom, dass sie ganz ohne Flächenpräsenz ihren Marktanteil ausbauen können. Der Kontakt zur Telekom erfolgt hauptsächlich über Hotline-Nummern und über die T-Punkte, welche von der Maßnahme nicht betroffen sind.

Der Protest an der Basis ist ebenfalls begrenzt. Die Beschäftigten in den großen, verbleibenden Standorten sind überwiegend froh, dass der Kelch an ihnen – vorläufig – vorüber gegangen ist. Bei den betroffenen Standorten sind in der Regel nur ein paar Dutzend Menschen beschäftigt (z.T. auch unter zehn) und gewerkschaftliche Strukturen sind dort kaum vorhanden.

Schwerpunkt der Aktivitäten der Betriebsräte und von ver.di ist der Versuch, Kommunal- und Landespolitiker zur Verteidigung der bedrohten Standorte zu gewinnen. Zwar organisiert ver.di in einigen Städten Protestkundgebungen, diese bleiben aber lokal isoliert, und aus den Betrieben selbst gibt es keine Versuche einer Vernetzung. Lediglich in Mannheim gab es eine überregionale Demonstration zu diesem Thema. 1.500 Menschen vorwiegend aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland demonstrierten gegen die Standortschließungen. Für derartige Aktionen gibt es bislang aber keine weiteren Beispiele.

Dennoch zeigt sich der Telekom-Vorstand nun verhandlungsbereit. René Obermann verkündet, es gebe »Nachbesserungsbedarf«. Anscheinend fürchtet er, das Ansehen der Telekom könne durch das Vorhaben weiteren Schaden erleiden.

Im Dezember 2010 kam es deshalb doch noch zu Verhandlungen mit ver.di. In einem Info mit dem Titel »Standortkonzepte müssen überarbeitet werden« berichtet ver.di über das Ergebnis der Verhandlungen. Gesichert wurde vor allem die Präsenz der Telekom in der Fläche. Es werden

56 Regionen gebildet, in denen die Telekom mit Standorten präsent ist. Dies betrifft alle Geschäftsfelder der Telekom, nicht nur die Bereiche, in denen jetzt Standorte geschlossen werden sollen. Innerhalb dieser Regionen soll es künftig ein abgestimmtes, bereichsübergreifendes Vorgehen bei Standortschließungen geben, damit sich nicht alle Geschäftsfelder aus der Region zurückziehen. Damit soll die Flächenpräsenz gewährleistet werden. Die Gewerkschaft sieht sich dadurch wieder als Sozialpartner akzeptiert: »Mit diesen Rahmenbedingungen bekennt sich die Telekom nicht nur zur Flächenpräsenz, ohne weiße Flecken, sondern auch zu ihrer sozialen Verpflichtung. (...)Damit diese Prinzipien greifen und der willkürliche Rückzug aus der Fläche aufhört, werden zukünftig Ausschüsse auf zentraler Ebene und in sechs Regionen die Maßnahmen beraten, Empfehlungen erarbeiten, dies in Sozialpläne einfließen lassen und die Umsetzung begleiten. Sowohl ver.di als auch die beteiligten Betriebsräte werden damit frühzeitig auf Standortmaßnahmen Einfluss nehmen können und sich weiter darum bemühen, dass beschäftigungspolitische Interessen und soziale Belange der Beschäftigten gewahrt bleiben.« Allerdings muss ver.di einräumen, dass die »aktuellen Betriebskonzepte in dem Geschäftskunden- und dem IT-Bereich« damit nicht vom Tisch sind. Die Bedeutung der Vereinbarung für die Standorte wird denn auch sehr vage formuliert: »Der Maßlosigkeit der Arbeitgeberplanung sind damit Grenzen gesetzt. Erwartet werden kann, dass mehr Standorte als bisher vorgesehen werden müssen. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.«

Dass ver.di aber weitere Schritte gehen will, davon ist zur Zeit nichts zu spüren. Als Sozialpartner bei Verhandlungen mitwirken zu können, scheint hier zum Selbstzweck geworden zu sein. Das materielle Ergebnis aber nebensächlich. Die Mitglieder werden mit der Hoffnung abgespeist, dass dabei für sie auch etwas rauskommt. ■